



# HESSISCHER LANDTAG

06. 12. 2013

*Zur Behandlung im Plenum  
vorgesehen*

## **Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend keine Fortsetzung der Operation düstere Zukunft**

Im September 2003 verkündete der damalige CDU-Ministerpräsident Roland Koch das Programm "Operation sichere Zukunft". Er bezeichnete dies selbst als "größtes Sanierungs- und Sparprogramm der Nachkriegsgeschichte". Es beinhaltete ein Einsparvolumen von 1,03 Mrd. €, welches bis heute zulasten zahlreicher sozialer Träger sowie der Beschäftigten des Landes Hessen geht. Kernpunkt dieser Rotstiftspolitik war u.a. ein sogenannter "Produktivitätsgewinn" von etwa 4.750 Stellen allein durch die Anhebung der wöchentlichen Arbeitszeit der Beamtinnen und Beamten auf 42 Stunden pro Woche. Noch heute müssen hessische Beamtinnen und Beamten als einzige in ganz Deutschland 42 Stunden pro Woche arbeiten, obwohl die Tarifverträge für die Landesbeschäftigten zwischenzeitlich nur 40 Stunden vorsehen. Dieses Abbauprogramm beinhaltete darüber hinaus auch noch die Streichung von weiteren 5.000 Stellen in fast allen Landesbereichen. Darüber hinaus wurden über 30 Mio. € an Zuschüssen für soziale Einrichtungen, Frauenhäusern, Schuldnerberatungsstellen usw. gestrichen.

Die zentralen Punkte dieser Operation düstere Zukunft sind heute immer noch Bestandteil der Landespolitik. Dies muss umgehend zugunsten eines Ausbaus öffentlicher Aufgaben, insbesondere im Bildungsbereich, bei Kitas, Schulen und Hochschulen, geändert werden.

Der Landtag wolle beschließen:

Der Hessische Landtag fordert einen hessischen Pakt für eine bessere Zukunft, in dem folgende Punkte enthalten sind:

1. Die vollständige Rücknahme aller sozialen und personellen Maßnahmen der sogenannten "Operation sichere Zukunft".
2. Erheblich stärkere Investitionen in den Bildungsbereich, insbesondere zum Ausbau von Ganztagschulen, zur Verkleinerung der Schulklassen und zur Umsetzung der UN-Konvention zur Inklusion. Auf keinen Fall darf es einen Abbau von Personal geben.
3. Kommunen und Land brauchen mehr Mittel, um endlich den Kita-Ausbau nicht nur quantitativ bedarfsdeckend zu bewältigen, sondern auch in angemessener Qualität. Gleichzeitig sollen die Gebühren für die frühkindliche Bildung abgeschafft werden.
4. Die Kommunen müssen wieder in die Lage versetzt werden, öffentliche Leistungen anzubieten, die ihnen unter dem sogenannten Schutzschirm weggekürzt werden. Deshalb ist der Kommunale Finanzausgleich um die seit 2011 gekürzten Mittel von 344 Mio. € wieder aufzustocken.
5. Die Vergabe öffentlicher Aufträge ist verbindlich an die Einhaltung sozialer, ökologischer und tariflicher Standards zu binden.

6. Der in der Hessischen Verfassung dem Land aufgetragenen Einnahmeverantwortung ist endlich auch dadurch Rechnung zu tragen, dass Hessen sich auf Bundesebene für deutlich höhere Einnahmen aus einem gerechten Steuersystem einsetzt, etwa durch entsprechende Bundesratsinitiativen zur Wiedererhebung einer Vermögenssteuer.

**Begründung:**

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 6. Dezember 2013

Der Fraktionsvorsitzende:  
**van Ooyen**